

Felix Geyer

Krise der Europäischen Union. Herausforderung für die Christliche Sozialethik

Tagungsbericht zum 18. Berliner Werkstattgespräch der SozialethikerInnen 2017

Begrenzte Bindekräfte innerhalb Europas, das Bild einer übermächtigen Bürokratie: Europa befindet sich in einer Krise, oder ist es die Europäische Union (EU)? Eine Dekade der Krisen liegt hinter uns und ob die neue Präsidentschaft auf der anderen Seite des Atlantiks, dem was als „Projekt Europa“ bezeichnet werden kann, den Todesstoß versetzt oder dazu beiträgt, dass sich die Staaten des Europäischen Kontinents erneut zusammenschließen, scheint ungewiss. Mit ähnlich pointierten Fragestellungen leitete *Marianne Heimbach-Steins* (Münster) die 18. Berliner Werkstattgespräche 2017 ein.

Die ca. 45 Sozialethikerinnen und Sozialethiker aus dem deutschsprachigen Raum näherten sich an zwei Tagen in Statements und Workshops der Frage nach der Krise der EU an.

In einem ersten Panel wurde anhand einer kurzen Betrachtung unterschiedlicher Themenfelder (europäisches Sozialmodell, wirtschaftliche Entwicklung, Migration und Rechtspopulismus) die Frage deutlich, wo denn genau das Problem der Krise Europas oder der EU liege.

Gerhard Kruip (Mainz) stellte vom Ausgangspunkt des national gedachten *Sozialstaatsmodells* Überlegungen und Hindernisse zu einem möglichen Europäischen Nationalstaat dar. Mit der Feststellung, dass gemeinsame Wirtschaftsräume auch gemeinsame Sozialräume brauchen, wurden die Fehlstellungen in der auf ökonomische Zusammenarbeit konzentrierten Architektur Europas deutlich. Dass mit der Logik der sozialen Absicherung der Märkte auch die allein europäische Perspektive zu kurz greift, da hier längst globale Verbindungen und Netzwerke den Takt vorgeben und die Entwicklung zunehmend in dieser weltweiten Perspektive zu liegen scheint, verlangt im Grunde nicht nur ein europäisches, sondern ein weltweites, universelles Absicherungssystem. Die zunehmende Renationalisierung führt gleichermaßen zu Sorgen und Ernüchterung. Der Weg

zu einer globalen Sozialstaatlichkeit scheint rückläufig. Als bleibende Herausforderungen nannte Kruijff unter anderen automatische finanzielle Ausgleichsmechanismen, eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung oder eine europaweite Arbeitslosenregelung. Auch wenn das Sozialstaatsmodell übertragen auf Europa nicht die Lösung für alle sozialen Probleme sei, wurden machbare wie notwendige Schritte auf dem Weg zu einer größeren solidarischen Gemeinschaft – sei es eine europäische oder eine globale – sichtbar.

Joachim Wiemeyer (Bochum) nahm den Faden auf und spitzte die angeklungenen Schwierigkeiten in streitbaren Thesen über die *europäische Wirtschaft* zu, welche die wirtschaftliche Entwicklung der EU – nicht Europas – fokussierten. Am Anfang seines Beitrags stand die Feststellung, dass das Wirtschaftsmodell der EU dasjenige einer ökosozialen Marktwirtschaft ist. Weiterhin ist sie eine solidarische Gemeinschaft, um soziale und wirtschaftliche Unterschiede zu reduzieren. Als solche solidarische Gemeinschaft tritt Europa mit den anderen globalen Akteuren in Verbindung. Die Solidargemeinschaft ist als innerer Kitt wirksam. Als drittes Moment stellte Wiemeyer eine zu große Heterogenität der Wirtschaftsstrukturen der EU-Mitgliedstaaten fest. Sowohl die rechtlichen Rahmenregelungen als auch die werthaftern Voraussetzungen, wie Vertrauen und Ehrlichkeit, seien im Binnenraum der EU in sehr unterschiedlichen Strukturen institutionalisiert. Das Fehlen eines Insolvenzrechts für Länder und einer im EU-Raum harmonisierten Steuerpolitik seien konkrete institutionelle Defizite. Diese starken Unterschiede und fehlenden Ausgleichsmechanismen hätten vor allem für die schwächeren Länder Nachteile. So formulierte Wiemeyer die Pointe, dass es, um die Ziele der ökosozialen Marktwirtschaft zu gewährleisten, sinnvoll sein könnte, dass entweder die starken oder die schwachen Länder die EU verließen.

Im Anschluss daran wendete sich *Petr Štica* (Münster) der europäischen *Migrationspolitik* zu. Die Flüchtlingsthematik wirft nach seiner Ansicht vor allem die Frage einer gemeinsamen europäischen Solidarität auf. Die Verteilung von Flüchtlingen stellt eine bleibende Herausforderung dar und macht einen Konstruktionsfehler im Rechtsgefüge der EU deutlich: Wäre die Verteilung der Flüchtlinge als eine Art Lotterie geregelt, wäre ein zentraler Streitpunkt schnell beseitigt und der Zufall hätte die Notwendigkeit von Solidaritätsdiskussionen abgelöst. Im Anschluss daran begab sich Štica auf die *Suche nach Grundlagen einer gemeinsamen europäischen Solidarität*. Solidarität sei dabei einerseits auf Sozialisation und ein langsames kulturabhängiges Hineinwachsen angewiesen. Andererseits

erfordere sie auch einen gemeinsamen Diskussionsraum, eine neue und vor allem transnationale europäische Öffentlichkeit, die lebensweltlich verankert sei. Eine solidarische Verteilung der Lasten und Beiträge bedarf entsprechender rechtlicher Regelungen.

Michelle Becka (Würzburg) rundete mit ihren Analysen zum *Rechtspopulismus* das erste Panel ab. Becka führte vier Faktoren an, die das Phänomen des Rechtspopulismus begleiten: die autoritäre Gesinnung, die mit bereitwilliger Unterwerfung, antidemokratischen und diskriminierenden Elementen einhergehe. Sodann die Krise der Repräsentation, die sich in der Rhetorik der Rechtspopulisten mit ihrer Unterscheidung von ‚denen da oben‘ und ‚wir hier unten‘ und der Parole ‚wir sind das Volk‘ zeige. Ein weiterer Punkt seien wirtschaftliche Veränderungsprozesse, die regionale Schwerpunkte des Rechtspopulismus mit lokaler ökonomischer Strukturschwäche korrelierten. Der vierte Faktor schließlich sei die Angst, die sich auf unterschiedliche Weise manifestiere: als Abstiegsangst bzw. Angst vor Wohlstandsverlust und als Angst vor terroristischer Bedrohung. Diese Ängste gingen einher mit einer unklaren medialen Vermittlung und der Komplexität und Unmöglichkeit der individuellen Bewältigung der großen Herausforderungen. Diese Faktoren gelte es ernst zu nehmen und darauf zu reagieren. Als Schritte zur Lösung nannte Becka das Suchen neuer politischer Wege, die Förderung subsidiärer Strukturen und eines globalen Gemeinwohls. Auf dem Weg zu einer Lösung, wie man mit Komplexität umgehen könne, formulierte sie die beiden Brennpunkte einer wirksamen Ellipse: das Betonen der Empathie im Umgang mit allen Menschen, Flüchtlingen wie Rechtspopulisten einerseits, das stetige Beharren auf der Vernunft, das Begründen, Analysieren und aufrechte Suchen nach realistischen Lösungen andererseits.

Am Abend des ersten Tages wurde das 90minütige *The Great European Disaster Movie* (GB 2015) von Annalisa Piras gezeigt, das die dystopische Zukunftsvision eines aus der EU ausgetretenen Deutschlands erzählt. *Daniel Bogner* (Fribourg) gab im Anschluss an den Film einen pointierten Kommentar zum Für und Wider dieser Darstellung der EU. Die sich anschließende kontroverse Diskussion machte deutlich: Die selektive Darstellung, die zwischen Fiktion und Wirklichkeit schwebt, trifft und trifft auch wieder nicht das, was mit Europa gemeint sein könnte.

Am Dienstagmorgen moderierte zunächst *Peter Schallenberg* (Paderborn) ein Panel zum Thema *Rolle der Kirchen – Agenten eines „neuen Humanismus für Europa“*? Der erste Impulsredner war *Stefan Lunte*

(COMECE). In Anlehnung an den diesjährigen Karlspreisträger Timothy Garton Ash stellte er die *Diagnose* der drei Krisen Europas, die sich auf die Ökonomie, die Demokratie und die Idee der Integration beziehen. Mit Papst Franziskus, dem Karlspreisträger von 2016, und dessen Karlspreisrede formulierte Lunte neben der Grundfähigkeit des Dialogs drei mögliche Beiträge eines christlichen Humanismus zur Bewältigung dieser Krisen: die Verantwortung der Kirchen für etwas Verbindendes über den Nationalstaat hinaus, die Solidarität mit Menschen am Rand und schließlich das Plädoyer der Machbarkeit durch Beschränkung des eigenen Handlungshorizontes.

Marianne Heimbach-Steins knüpfte in ihren Betrachtungen zur *Rolle der Kirchen im Hinblick auf einen ‚neuen Humanismus‘* an Papst Franziskus an und straffte die Vision des Papstes auf ein Europa der drei Fähigkeiten: Integration, Dialog und Hervorbringen. Die Fähigkeit der Integration meine, eine Politik der Synthese zu betreiben, die in der Lage sei verschiedene Kulturen, Identitäten und Religionen zu integrieren. Dazu sei die zweite Fähigkeit – die des Dialogs – elementar, denn sie ermögliche Kooperation und transnationale sowie auf Dauer gesetzte Anerkennungsbeziehungen. Hervorbringen bezog Heimbach-Steins vor allem auf das in den Institutionen verwirklichte Potenzial, Sozial- und Arbeitsplatzabsicherung hervorzubringen. Schließlich umriss sie mit *sechs Stichworten die Aufgabenstellung für die Kirche* in einem Europa des Neuen Humanismus:

1. Prozessualität: Mit dem Stichwort Papst Franziskus‘, dass die Zeit wichtiger als der Raum sei (vgl. u. a. AL 3; EG 22), wird die Dynamisierung des Denkens und Handelns betont sowie der „Prozesscharakter der Kirche als in Geschichte eingegangene Wirklichkeit“.
2. Kontextualität: Meint das konkrete Eingebundensein der Kirche vor Ort, welches sie nie als einen einheitlichen Akteur auftreten lässt. Die Korrelierung der lokalen und der globalen Identitätsmerkmale der Kirche stellen auch eine bleibende Aufgabe in innerkirchlichen Kontexten dar.
3. Heterogenität: Damit ist die Entwicklung eines konstruktiven Verhältnisses zur Vielfalt und eines anerkennenden Umgangs mit Diversität bezeichnet.
4. Dialog: Dialogräume zu gestalten und wahrzunehmen ist nicht nur Fähigkeit der Kirche, sondern auch bleibende Aufgabe.
5. Solidarität: In Bildung, Liturgie, Medien und vielen anderen Lebensbereichen kann sich Kirche als Agentin der Solidarität erweisen und diese in ihrem advokatorischen Tun glaubhaft vermitteln.

6. Prophetische Freiheit: Die Stimme gegen Exklusion und Instrumentalisierung sowie für ein kritisches Verhältnis zur Macht und gesetzten Strukturen einzunehmen, ermöglicht das humanistische Potential herauszubilden.

Eine dritte Perspektive auf die Fragen des Humanismus in Europa lieferte *Andrzej Waskowycz* (Caritas, Ukraine). Er stellte zunächst aus *ukrainischer Perspektive* die überaus positive Sicht auf Europa dar: Dort strebe man nach Europa und wolle dessen Werte von Selbstverwirklichung, Pluralität und Freiheit hochhalten. Waskowycz verband die Identifikation mit Europa auch mit den zentralen Gehalten christlicher Soziallehre von Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl. Die verschiedenen Kirchen und christlichen Hilfsorganisationen in Europa trügen zu dieser Solidaritätsleistung der Zivilgesellschaft bei und so vollziehe sich unter kirchlicher Beteiligung ein Prozess zunehmender Europäisierung: „Das wichtigste für die Ukraine ist der Weg in die EU“. Zum Integrationsprojekt gebe es keine bessere Alternative, so Waskowycz.

In der anschließenden Diskussion wurden einige der angedeuteten Aussagen zugespitzt. Gegenseitige Anerkennung, die sich auch in voller Solidarität, in konkretem Lastenausgleich und gemeinsamem politischen Handeln zeigt, ist ohne eine echte Versöhnung nicht möglich. Zu diesem Moment der Versöhnung kann Kirche einen wesentlichen Beitrag leisten. Auch eine differenzierte Sicht auf die Frage, was mit Humanismus gemeint sein kann, wurde betont. Im Gegensatz zum innerkirchlichen Diskurs mit seinem Bezug auf das Stichwort des christlichen Humanismus (Johannes Pauls II.) spricht nämlich Papst Franziskus von einem neuen Humanismus für Europa.

Transnationale Resonanzräume. Zur normativen Logik der Europäischen Union war der Beitrag *Walter Leschs* (Louvain) überschrieben. In Anlehnung an Hartmut Rosas Konzeptionen von Resonanz (vgl. Rosa 2016) rekonstruierte er zunächst den Begriff der Resonanz im Hinblick auf die Politik. Die Resonanzmetapher nutzte er als Analyseinstrument, um die entsprechenden Resonanzräume auch im politischen Bereich zu identifizieren. Im Hinblick auf Europa seien drei Räume vorherrschend: Rat, Kommission und Parlament. Sowohl als konkrete Räume wie als Orte von symbolischer Interaktion und Repräsentanz vermöge ein so entstehendes Klangbild eine rein funktionale Zuordnung zu erweitern. In einem zweiten Schritt stellte Lesch in Anlehnung an Luuk van Middellaar (2016) verschiedene Modelle der Arbeitsweise der EU

dar, z. B. als Diskurse von Staaten, Bürger/-innen und Behörden oder in drei Sphären von Innerhalb und Außerhalb Europas sowie in einer Zwischensphäre. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die Frage nach einer normativen Rekonstruktion sowohl dieser konkreten Modelle der Entscheidungsfindung in Brüssel wie auch die Rolle transnationaler Resonanzräume in den Blick zu nehmen sind.

Am Nachmittag wurden die drei drängenden Herausforderungen von Schuldenkrise, Flüchtlingskrise und einer Religionspolitik auf europäischer Ebene in parallelen Workshops diskutiert. In der fokussierten Betrachtung wurde die Komplexität der Krisen deutlich, die sich als multikausal und polyzentrisch erweisen und verschiedene Akteure als auch unterschiedliche Ebenen der Kooperation betreffen.

Der parlamentarische Abend griff in einer öffentlichen Abendveranstaltung das Thema *EU-Entwicklungszusammenarbeit – Interessen und Verantwortung?* auf. Karin Kortmann (SPD, Leiterin der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung) präsentierte die Pläne des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Gerd Müller) im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit der EU mit Afrika und den Plan, nicht nur Fluchtsymptome zu bekämpfen, sondern Ursachen anzugehen. Rainer Tetzlaff (Hamburg) kommentierte diese Position und wies, bei grundlegender Befürwortung einer engeren Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika, auf die Gefahr des Paternalismus hin. „Die Zukunft Europas ist an die Zukunft Afrikas gebunden“, so beendete er seine Einschätzung. Cesare Zucconi (Sant’Egidio, Rom) sah vor allem die Bekämpfung der innerafrikanischen Fluchtursachen als zentrale Herausforderung für Europa. Humanitäre Korridore und die Ermöglichung sicherer Passagen standen im Zentrum seines Plädoyers.

Christof Mandry (Frankfurt a. M.) sprach am Mittwochmorgen zum Thema *Europa eine Wertegemeinschaft. Auf der Suche nach Grundlagen einer europäischen politischen Zukunft*. Er stellte verschiedene Interpretationen der Wertegrundlage Europas dar, um so zu einer Grundlage für Einigung und mehr Zusammenarbeit zu kommen. Die vier Narrative einer solchen europäischen Wertegrundlage seien zunächst die kulturelle Einheit, geprägt durch die verschiedenen historischen Erzählungen, die zum Werden der EU beitragen. Eine zweite Erzählung beschreibe Europa als Menschenrechtsprojekt, dass sich die Verwirklichung von Humanität auf die Fahnen geschrieben habe und für deren mehr und mehr kosmopolitische Durchsetzung arbeite. Eine dritte Identitätsbeschreibung sehe Europa als Zusammenkunft verschiedener Souveränitäten. Sowohl das

Wahren der Volkssouveränität wie auch das der einzelnen Staaten stünden hier im Fokus. Das vierte Narrativ schließlich beschrieb Mandry mit dem Stichwort der Interessengemeinschaft. Diese Vorstellungswelten besitzen eine gemeinsame Voraussetzung, welche Mandry als gegenseitiges Vertrauen beschrieb. Dieses müsse sich auch in den konkreten Institutionen verwirklichen. Die Rolle der christlichen Sozialethik sei nicht die eines kritischen Beobachters, sondern die einer sich einmischenden, pro-europäischen Gestaltungsmacht, die in ihrer institutionellen Verfasstheit bereits gelungene Beispiele des Zusammenspiels kultureller und ordnungspolitischer Instrumente besitze.

Eine Lösung für die multiperspektivischen Herausforderungen ist in der kurzen Zeit der Tagung nicht erwachsen, jedoch ein Rundumblick auf Probleme, eine pointierte Analyse und ein Ringen um Gemeinsamkeiten. Die wachsende Bedeutung einer Christlichen Sozialethik für die Fragen und Entwicklung Europas wurde dabei durchgängig deutlich. Das zeigte sich auch in der Diskussion eines Positionspapieres zur Zukunft der Sozialethik und ihrer Rolle im Kanon der theologischen Fächer. Als Resümee bleibt die Suche nach Lösungen, ein gemeinsames Ringen um Positionen sowie eine Zuspitzung auf die immer wieder auftauchende Frage nach eigenen Standortbestimmungen und Handlungsoptionen.

Über den Autor

Felix Geyer, Dipl.-Theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Christliche Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig Maximilians-Universität München. E-Mail: f.geyer@lmu.